

Es dauert nicht mehr lange, bis Frauen, inter, nonbinäre, trans und genderqueere Personen schweizweit zum wiederholten Mal am 14. Juni ihre Arbeit niederlegen. Denn obwohl seit 1981 die Gleichstellung in der Verfassung verankert ist, ist diese noch immer keine Realität. Noch immer besteht keine Lohngleichheit bei gleichen Berufen und sogenannte «Frauenberufe» werden immer noch schlechter bezahlt als sogenannte «Männerberufe». Auch gesellschaftlich relevante Aufgaben wie die Sorge- und Hausarbeit ist ungleich verteilt. Es sind vor allem Frauen, welche die Sorgearbeit für Kinder und ältere Menschen unbezahlt übernehmen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist häufig eine Illusion, weshalb Sorgearbeit leistende öfters in schlechter bezahlten Teilzeitjobs arbeiten. Diese Lohndiskriminierungen ziehen sich bis ins hohe Alter weiter, Frauen erhalten durchschnittlich ein Drittel weniger Rente. Frauen, inter, nonbinäre, trans und genderqueere Personen erleben noch immer Diskriminierungen und Belästigungen. Ausserdem sind sie in den Parlamenten, Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen grosser Firmen weiterhin massiv unter vertreten.

Der feministische Streik und Frauenstreik möchte aufrütteln und aufzeigen, wie viel der gesellschaftlich relevanten Arbeiten von Frauen, inter, nonbinären, trans und genderqueeren Personen geleistet wird und was passiert, wenn sie streiken.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie steht die Regierung grundsätzlich zum feministischen Streik und Frauenstreik?
2. Wie steht die Regierung zu folgenden zentralen Forderungen des Streiks?
 - Allgemeine Verkürzung der bezahlten Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich
 - Lohngleichheit in der kantonalen Verwaltung, den ausgelagerten Betrieben und dem ganzen Kanton
 - Elternzeit für jede Erziehungsperson für mindestens ein Jahr pro Person und Kind
 - Bekämpfung geschlechtsspezifischer, sexualisierter und häuslicher Gewalt mit einem intersektionalen Ansatz, unter anderem mit 24-Stunden-Nottelefonen und Beratung, Anlaufstellen, Notschlafstellen, Schutzhäusern und einer therapeutischen Nachsorge sowie der Schulung und Ausbildung sämtlicher in strafrechtlichen Fällen involvierten Berufsgruppen
 - systematische Massnahmen zur Bekämpfung von Sexismus sowie rassistischer, fremdenfeindlicher, queerfeindlicher und behindertenfeindlicher Diskriminierung
 - maximaler Schutz für Menschen im Asylwesen, denen aufgrund der Geschlechtsidentität bzw. ihrer sexuellen Orientierung und/oder ihres feministischen Kampfes Gewalt angetan wurde
 - Verankerung eines intersektionalen Feminismus in der Bildung
3. Wie werden die Forderungen der Streikenden in den verschiedenen Departementen umgesetzt?
4. Wie sieht die Gleichstellung in der Verwaltung bezüglich der Teilzeitarbeitsverteilung und der Vertretung der Geschlechter auf den verschiedenen Kaderstufen aus?
5. Unterstützt die Regierung die Teilnahme am Streik für die Mitarbeitenden des Kantons? Was haben Mitarbeitende der kantonalen Verwaltung und der ausgelagerten Betriebe zu erwarten, wenn sie streiken?
6. In welchem Umfang erhalten Gruppen des feministischen Streiks und Frauenstreiks oder Gewerkschaften am 14. Juni Zugang in die öffentliche Verwaltung, um Frauen, inter, nonbinäre, trans und genderqueere Personen zu besuchen und zu informieren, Flyer zu verteilen oder Buttons zu übergeben?
7. Gibt es in der Verwaltung grundsätzlich Kollegen, die für ihre streikenden Kolleg*innen einspringen würden?

8. Gibt es Pläne, wie andere Formen aussehen könnten, um Frauen, inter, nonbinären, trans und genderqueeren Personen die Teilnahme am Streiktag zu ermöglichen? Wenn ja, in welcher Form?

Tonja Zürcher